



Beschluss

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

TOP I. 2. Zwangsvollstreckung von Krankenkassenbeiträgen gegen Minderjährige

Berichterstattung: Sachsen-Anhalt

1. Die Justizministerinnen und Justizminister bekräftigen das in Artikel 6 Absatz 2 Satz 2 GG verankerte staatliche Wächteramt und den mit ihm verbundenen Schutzauftrag an die staatliche Gemeinschaft, jeder Form von konkreten Kindeswohlgefährdungen aktiv entgegenzutreten.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten daher die Konferenz der Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales, anlässlich von Zwangsvollstreckungen von Krankenkassenbeiträgen gegen Minderjährige die Praxis der Krankenkassen und gegebenenfalls erforderliche Rechtsänderungen zu prüfen.